

## **“Wir können uns doch nicht auf Kosten anderer sauber machen!”**

### **Interview mit Andreas von Bernstorff**

Andreas von Bernstorff ist ein international anerkannter Kampagnenleiter und Spezialist für Giftmüll. Der Journalist und Umweltaktivist saß ab 1984 für die Grünen im Landtag von Baden-Württemberg in Stuttgart. 1989 wurde er Campaigner bei Greenpeace. In diesem Interview gibt er Rückblicke auf sein Leben im Kampf für ein Verbot von Giftmüllexporten der reichen OECD-Staaten in den ärmeren Rest der Welt. Das Gespräch führte Jonas Stuck, Doktorand am Rachel Carson Center der LMU München und Mitglied der DFG-Forschungsgruppe “Hazardous Travels,” am 15. Februar 2019.

### **Jonas Stuck: Herr Bernstorff, wann landete das Thema Giftmüll auf ihrer Agenda?**

Andreas von Bernstorff: Das war Anfang der 1980er Jahre. Als Provinzpolitiker habe ich damals mit den Grünen in Baden-Württemberg recht erfolgreich den Bau neuer Müllverbrennungsanlagen und Giftmülldeponien bekämpft. Das war populär und kam bei den Leuten vor Ort ziemlich gut an. Der Wendepunkt kam dann durch meinen Nachbarn in Heidelberg, einen SPIEGEL-Redakteur. Am 22. Dezember 1987, das weiß ich noch ganz genau, sprach er mich im Hausflur an und stellte mir die naheliegende Frage: Wo geht denn nun der ganze Müll hin, wenn ihr ihn nicht bei uns im Land haben wollt? Kleiner Tipp: Guck dich doch mal in der Türkei um. Von diesem Moment an beschäftigte ich mich intensiv mit dem Export von Giftmüll. Denn tatsächlich hatten große Firmen aus Baden-Württemberg, wie Bosch, Daimler und Siemens begonnen, ihren Giftmüll in die Türkei und nordafrikanische Länder zu exportieren. Das ging aber ganz klar gegen meine Grundeinstellung, wir können uns doch nicht auf Kosten anderer sauber machen!

### **JS: Sie setzten den Giftmüllhandel also auf ihre Agenda als Landtagsabgeordneter?**

AvB: Schnell merkte ich, dass ich als grüner Landespolitiker nicht viel ausrichten könnte. Denn es kamen Informationen aus der ganzen Welt zusammen. Italienische Giftschiffe fuhren nach Nigeria, US-Frachten gingen nach Haiti und nach Samoa. An diese Sache musste jemand mit einer globalen Perspektive heran. Ich rief dann in Hamburg bei der Zentrale von Greenpeace Deutschland an und drängte sie, eine große Kampagne gegen diesen *Giftmüllkolonialismus* zu starten. Zum Glück blieb ich damit nicht allein. Jim Vallette aus Washington und Roberto Ferrigno aus Rom waren bereits innerhalb der Organisation verankert. Die Kampagne gegen den internationalen Handel mit Giftmüll *Toxic Trade* wurde beschlossen. Ich ging von den Grünen zu Greenpeace. Die globale Arbeit gegen Müllexporte war für mich wichtiger als die regionale Müllpolitik, denn die war ja ohnehin schon von vielen getragen. Rückblickend waren diese Jahre bei Greenpeace sehr erfolgreich. Mit unserer *Toxic Trade* Kampagne, der Medienarbeit, den vielen Protest- und Rückholaktionen haben wir wesentlich zum Zustandekommen und zur Verschärfung der Basler Konvention beigetragen. Ein gutes Gefühl zu wissen: wir haben das Umweltvölkerrecht umgeschrieben.

**JS: Noch mal zurück: Einen ersten großen medialen Coup haben Sie mit der Aufdeckung eines Giftmülldeals mit der Türkei gelandet. Wie haben Sie den Export von Giftmüll aus Baden-Württemberg in die Türkei dabei strategisch in Szene gesetzt?**

AvB: Eine schwäbische Entsorgungsfirma hatte über eintausend Tonnen Lösungsmittelreste und Lackschlämme mit Sägespänen vermischt und das Ganze kurzerhand als „Ersatzbrennstoff“ deklariert an ein türkisches Zementwerk geliefert. Die Behörden fanden nichts dabei, obwohl die Mischung viele Giftstoffe enthielt und beim Verbrennen Dioxine freisetzen musste. Um diesen Deal rückgängig zu machen und dergleichen für die Zukunft zu verhindern, hängten wir die Geschichte an die große Glocke. Wir setzten dabei auf eine bilaterale Eskalation des Themas in deutschen und türkischen Medien. Wenn die Story in der Türkei an Interesse verlor, haben wir den Journalisten etwa von der türkischen Tageszeitung *Hürriyet* in Köln brisante Informationen aus Deutschland gesteckt und andersherum gingen wir über die taz-Korrespondenz in Istanbul oder dpa in Ankara genauso vor. Es ging dann jeweils im anderen Land die Presse auf die neuen Enthüllungen ein. Diese Taktik war extrem erfolgreich, um eine große auch internationale Öffentlichkeit zu erreichen, über neue Geschichten interessiert zu halten und damit politischen Druck aufzubauen. Schließlich schickte das türkische Umweltministerium den Giftmüll zurück; er fuhr dann auf dem Neckar nicht weit von meiner Wohnung in Heidelberg vorbei Richtung Heimat: *Return to sender*. Damit war eine Idee für später geboren.

**JS: Die Bundesrepublik exportierte aber auch Müll in die DDR. Wie hat Greenpeace das thematisiert?**

AvB: Direkt nach dem Mauerfall gingen wir an dieses Thema. Ich war übrigens recherchemäßig bestens vorbereitet. Westdeutschland war damals der größte Giftmüllexporteur der Welt – Ostdeutschland der größte Importeur. Wir zeigten jetzt die Deponien in der DDR, in denen der Westmüll endete. Dabei kam uns die Vorarbeit der niederländischen *Schönberg Working Group* zugute, die schon vor der Wende mit den Umweltaktivistinnen der DDR sehr stark vernetzt war. Schönberg östlich von Lübeck war die größte und schlimmste Giftkippe für Westmüll – auch aus Holland – in der DDR.

**JS: Bis heute hält sich die Bezeichnung “Mülltourismus” für den Export von Müll in andere Länder. Was halten Sie von dem Begriff?**

AvB: Ja, kommen wir zur Sprachpolitik. Das Bundeskriminalamt BKA kreierte 1992 den Begriff „Mülltourismus“. Das war die komplette Verharmlosung: der Tourist kommt und geht und lässt Geld da. Der Müllschieber – wie wir sagten – kommt und geht und lässt Gift da, mit dem Andere sich herumschlagen müssen. Und verdient sich selbst eine goldene Nase damit. Im internationalen Giftmüllgeschäft sind damals Profite gemacht worden wie im Drogen- oder Waffenschiebermilieu. Es geht ja in der Kampagnenarbeit auch um das Prägen und Besetzen von Begriffen, um die Deutungshoheit zu gewinnen. Das BKA war nochmal kreativ, als sie mehr Stellen zur Bekämpfung der Umweltkriminalität wollten. Da haben sie eine „Müllmafia“ auf den Markt geworfen, der Begriff wurde von der Politik und in zahllosen Medienberichten sofort übernommen. Nach der Verharmlosung also eine Dämonisierung. Da wurde eine

Dunkelmännerriege an die Wand gemalt, der schier nicht beizukommen sei – so gefährlich! Eine defensive Ohnmachtserklärung der Politik. Dabei konnte von Mafia-Strukturen unter deutschen Müllschiebern nicht die Rede sein. Da hat jeder jeden bekämpft und verpöffelt. Wir haben damals über Scheinfirmen Köder ausgelegt, erfolgreich. So bin ich zu meinem Beinamen „Giftmülldetektiv“ gekommen. Stellen Sie sich mal vor, ich hätte so was mit der Mafia versucht! Dort heißt es *omertá o morte*, schweig oder stirb.

**JS: Greenpeace hat sehr erfolgreich für die Verschärfung der internationalen Regeln im Umgang mit Giftmüll gekämpft. Gibt es aber beim Giftmüllhandel vielleicht dann auch eine Korrelation zwischen strengeren Regularien und vermehrter illegaler Entsorgung?**

AvB: Es gibt bei neuen Regeln immer Ausweichbewegungen. Ein interessanter Fall ist das Verklappen von Giftmüll vor der italienischen Küste. Die Organisation für Afrikanische Einheit OAU kündigte 1991 an, sie werde mit dem Bamako-Übereinkommen den Import von Giftmüll nach Afrika komplett verbieten. Schlagartig, viele Jahre vor Inkrafttreten (1998) nahm auch das Versenken von Schiffen voller Giftmüll rund um das südliche Italien zu. Gleichzeitig bewegte sich die Zahl der versuchten Müll-Transporte nach Afrika gegen Null. Soviel zur abschreckenden Wirkung völkerrechtlicher Regeln, die ja oft gering geschätzt wird. Global bilanziert ist das aber eine Marginalie. Insgesamt haben Bamako und die Basel-Konvention eine gigantische Geschäftemacherei nahezu zum Erliegen gebracht und einer Politik der Müllvermeidung und geordneten Entsorgung den Weg erleichtert.

Hier kommt noch ein interessantes systemisches Element ins Spiel, das ich immer im Auge hatte: wenn man Exporte unterbindet, stärkt man die heimische Entsorgungswirtschaft, die nun aus Eigeninteresse darauf aufpasst, dass sie auch ja jedes Gramm Industrieabfall bekommt und nichts über die gesetzlich vorgegeben Grenzen abfließt. Auf diese Weise haben wir durch minimalen Regulierungsaufwand einen maximalen Erfolg. Es entsteht ein sich selbst stabilisierendes System, das praktisch ohne Gewerbeaufsicht und Polizei den erwünschten Zustand herstellt. Die Basler Konvention hat dies allein schon wegen der Strafandrohung – bis zu zehn Jahre Haft – zuwege gebracht. So etwas klappt aber dort nicht, wo Regeln unklar sind und keine Strafe droht wie beim Elektro- und Elektronikschrott. Den hat man aus dem Geltungsbereich von Basel herausgetrickst. Da sehen wir heute massive Umweltverseuchungen und Gesundheitsschäden – Giftmüllkolonialismus pur. Ich wollte, ich hätte noch einmal Gelegenheit, hiergegen eine ähnlich starke Kampagne wie damals aufzusetzen.

**JS: Sie haben sich auch gegen *Shipbreaking*, also das Abwracken ausgedienter Schiffe, in Indien engagiert. Wie ist das abgelaufen?**

AvB: Alte Frachtschiffe, Tanker, Passagierschiffe und auch Kriegsschiffe werden seit 1980 zunehmend unter anderem nach Indien verkauft. Dort wird der hochwertige Schiffsstahl zu Baustahl umgeschmolzen. Das ist höchst sinnvoll. In diesen alten Schiffen sind jedoch große Mengen hochgiftiger Materialien verbaut, ganz klar Giftmüll, der nicht mit bloßer Hand angegangen werden darf. Es ist aber gängige Praxis, dass die Arbeiter etwa an den weltweit größten Abwrackstränden in Alang ohne Schutzkleidung mit Asbest, PCBs oder bleihaltigen Farben hantieren. Als wir mit Greenpeace eine Kampagne zum *Shipbreaking* starten wollten, war gerade eine Serie zu dem Thema in der US-amerikanischen Zeitung *Baltimore Sun* erschienen und

hatte bereits für Wirbel gesorgt. Deshalb waren die Abbruchunternehmer in Alang auf der Hut vor Aktivisten aus dem Westen.

**JS: Also konnte Greenpeace nicht offen auftreten?**

AvB: Wir mussten uns eine gute Erklärung ausdenken, um Zutritt zu den Werften zu bekommen. Als Tarnung gründete ich den "Verein der Freunde großer Handelsschiffe e. V." mit dem angeblichen Gründungsdatum 1982. Dieses Gründungsjahr habe ich bewusst ausgesucht, weil damals das letzte große Schiff in Europa, in Portugal, demontiert wurde. Wir gaben uns also als Fans der Schifffahrt aus, die in Alang Souvenirs suchen und erwerben wollten. Wir baten etwa um die Glocke eines bestimmten Schiffes für unser Klubhaus. Zunächst schöpften die Unternehmer keinen Verdacht und ließen uns freien Zugang zu den gestrandeten Schiffen. Wir sind an einem Sonntag raus auf den Strand, da waren die Bosse zu Hause. Dort lagen dutzende riesiger Schiffe aufgereiht, viele schon halb auseinandergelassen und dazwischen gingen hunderte Arbeiter ihrer mühseligen und gefährlichen Arbeit nach. Wir nahmen Proben von einem Schiff der deutschen Reederei *Hamburg Süd*, asbesthaltiges Isoliermaterial, PCB-haltige Kabel und giftige Farben. Dabei sind wir leider aufgefliegen und mussten fluchtartig den Ort verlassen. Aber wir hatten unser Material und konnten die gefährlichen Arbeitsbedingungen und die Umweltverschmutzung in der Branche öffentlich und unbestreitbar nachweisen. Allerdings führte die Arbeit gegen das *Shipbreaking* nicht zu dem gleichen Erfolg wie die Arbeit gegen den Giftmüllhandel. Die Hong Kong-Konvention von 2009 für umweltschonendes Recycling von Schiffen und Verbesserung der Arbeitsbedingungen ist noch nicht in Kraft getreten. Immerhin aber gibt es ein System der EU-Zertifizierung für Abwracker, an dem die Schiffseigner sich halten sollen und dies teilweise auch tun.

**JS: Herr Bernstorff, ich danke für das Gespräch.**

© 2019 Jonas Stuck

Dieses Interview ist zum ersten Mal 2021 auf dem Environment & Society Portal erschienen.